

Dringliche Interpellation Hermann-Rebstein vom 25. November 2002
(Wortlaut anschliessend)

Kämpft die Regierung gegen die Schliessung des Briefpostzentrums St.Gallen?

Schriftliche Antwort der Regierung vom 27. November 2002

Hermann-Rebstein bezieht sich in seiner Interpellation auf den Vorentscheid der Post, 18 Briefzentren zu schliessen und die Briefsortierung entlang der schweizerischen Ost-West-Achse in drei grossen Briefpostzentren zu konzentrieren.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung des Kantons St.Gallen wurde am 22. Oktober 2002 gleichzeitig mit den Medien und ohne irgendwelche Vorankündigung durch die Post über das Projekt REMA (Re-engineering Mailprocessing), welches die Reduktion der Briefpostzentren von heute 18 auf neu drei Zentren beinhaltet, in Kenntnis gesetzt. Diese Informationspolitik trug nicht zur Vertrauensbildung zwischen der Post und den kantonalen und kommunalen Behörden bei. Der Kanton St.Gallen hat Verständnis dafür, dass die Post ihre Strukturen den sich ändernden Rahmenbedingungen, wie Konkurrenzdruck, technische Rationalisierungsmöglichkeiten, Substitution der Briefpost durch elektronische Kommunikation, anzupassen hat. Zu einer regional- und beschäftigungspolitisch nicht zu verantwortenden Umstrukturierung darf dies indessen nicht führen.

Die Reorganisationspläne der Post haben sich seit dem 22. Oktober 2002 immer wieder verändert. War vorerst ein Abbau von heute 18 Briefpostzentren auf neu drei grosse Zentren im Mittelland geplant, so teilte die Post Anfang November 2002 mit, es seien auch Varianten mit fünf grossen Zentren oder mit drei grossen Zentren und mehreren kleineren Subzentren betriebswirtschaftlich verantwortbar. Am 25. November 2002 erklärten Post und Gewerkschaften, dass die Post auf die Umsetzung des Vorentscheides über die reine Drei-Zentrenlösung verzichte und auch den Fünf-Zentrenvorschlag zurückziehe. Das betriebswirtschaftlich und technologisch abgestützte Projekt werde unter Einbezug der Gewerkschaften überarbeitet. Dabei würden die Kriterien, wie personalpolitische Bedürfnisse, regionalpolitische Anliegen und Auswirkungen auf die Umwelt, vertieft einbezogen. Insofern wurde die Strategie des Volkswirtschaftsdepartementes, dem Fünf-Zentren-Vorschlag mit dem Bau eines Zentrums entlang der Achse St.Gallen–Wil zum Durchbruch zu verhelfen, von den Ereignissen der letzten Tage überholt. Wie der Post-Kommunikationschef am 25. November 2002 gegenüber den Medien festhielt, gilt aber nach wie vor, dass im kommenden Mai der Post-Verwaltungsrat den definitiven Entscheid zur Umstrukturierung der Briefpost fällen wird. Vorher möchte die Post mit der Schweizerischen Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz und dem Schweizerischen Städteverband Gespräche führen. Die Regierung wird ihren Einsatz zur Erhaltung der Arbeitsplätze in der Ostschweiz mit unverminderter Intensität weiterführen.

Zu den Fragen im Einzelnen:

1. Die Regierung sieht es als ihre Aufgabe an, sich für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Region einzusetzen. Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes hat dem Konzernleiter der Post umgehend nach Bekanntwerden der Abbaupläne in einem Schreiben mitgeteilt, dass sich der Kanton St.Gallen mit der Konzentration der Briefpostbearbeitung im Raum

zwischen Fribourg und Zürich nicht abfinden kann. Diese Haltung ist auch in den Medien entsprechend zum Ausdruck gekommen. Der Kanton wird sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für den Erhalt eines Briefpostzentrums in der Ostschweiz einsetzen.

2. Anfang des nächsten Jahres tagt die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein, deren Vorsitz der Kanton St.Gallen innehat. Die Reorganisation der Briefpost ist in die Tagungsordnung aufgenommen worden. Gespräche mit dem Departement für Inneres und Volkswirtschaft des Kantons Thurgau haben bereits dazu geführt, dass der Kanton Thurgau den Kanton St.Gallen in seinen Bemühungen unterstützt, ein Briefpost-Zentrum im Kanton St.Gallen, vorzugsweise im Raum St.Gallen–Wil, ansiedeln zu können. Eine entsprechende Erklärung des Kantons Thurgau geht dieser Tage an den Konzernleiter der Post. Mit dem Kanton Graubünden steht der Kanton St.Gallen insofern in einer gewissen Konkurrenzsituation, als jener sich weiterhin für Chur als Briefpostzentrum einsetzt.
3. Am 7. November 2002 fand in Zürich eine Aussprache zwischen Mitgliedern der Konzernleitung der Post und Vertretern der Ostschweizer Kantone und Standortgemeinden statt. Bei dieser Gelegenheit wies der Vertreter des Volkswirtschaftsdepartementes auf die regionalpolitische Bedeutung des Entscheides hin und setzte sich für den Fünf-Zentren-Vorschlag mit einem Zentrum im Raum St.Gallen–Wil, eventuell für das Drei-Zentrenmodell mit vier bis fünf Subzentren, davon eines im Kanton St.Gallen ein. Dies nachdem die Post diese beiden Modelle als betriebswirtschaftlich machbar erklärt hatte. Am 14. November 2002 empfing der Vorsteher des eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation die Volkswirtschaftsdirektoren der vom Entscheid der Post betroffenen Kantone. Seitens der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren wurde erneut auf die regional- und beschäftigungspolitische Bedeutung der Briefpostzentren hingewiesen. Es wurden durch das kantonale Volkswirtschaftsdepartement auch Gespräche mit St.Galler Bundesparlamentariern geführt. Anfang Dezember wird der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes anlässlich eines Treffens mit dem Post-Konzernleiter den Standpunkt des Kantons St.Gallen mit Nachdruck nochmals vertreten.

Seit Anfang November 2002 ist die Wirtschaftsförderung des Kantons St.Gallen mit der Evaluation eines geeigneten Standortes für den Neubau eines Briefpostverteilzentrums beschäftigt. Die in Frage kommenden Gemeinden entlang der Achse St.Gallen–Wil wurden kontaktiert. Bis heute liegen mehrere Dossiers über Standorte, welche die mutmasslichen Anforderungen der Post an Grösse, Bahnerschliessung, Strassenanbindung und Erschliessungsgrad erfüllen, vor.

4. Die konkreten volkswirtschaftlichen Kosten einer Schliessung des Briefpostzentrums St.Gallen (ohne Neubau eines Zentrums in der Region) lassen sich, da die Schliessung erst in den Jahren 2006/2008 erfolgen würde, zurzeit ohne vertiefte Analyse nicht beziffern. Der Interpellant spricht in seiner Frage wichtige Parameter an. Der Regierung macht insbesondere der Trend des Bundes, Dienstleistungen im Umfeld des Service public im Raum Zürich–Bern–Basel zu konzentrieren, Sorgen. Eine Fortschreibung dieses Trends würde Regionen ausserhalb dieses Raums auf die Dauer mehr und mehr unattraktiv machen. Dieser Entwicklung ist mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Einhalt zu gebieten.

27. November 2002

Wortlaut der dringlichen Interpellation 51.02.65

Dringliche Interpellation Hermann-Rebstein: «Kämpft die Regierung gegen die Schliessung des Briefpostzentrums St.Gallen?»

Die Post will 18 Briefzentren schliessen. Dies ohne seriöse Analyse der Folgen für das Personal und die betroffenen Standortkantone. Lediglich die zu erwartenden Einsparungen wurden analysiert.

Die Auswirkungen auf die Arbeitssituation im Kanton St.Gallen sowie in der ganzen Ostschweiz sind enorm.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Regierung bereit, sich für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Region einzusetzen?
2. Ist die Regierung bereit, mit anderen Ostschweizer Kantonen für den Erhalt des Briefzentrums zu kämpfen?
3. Was hat die Regierung bis heute für den Erhalt des Briefzentrums getan und was kann sie noch weiter tun?
4. Was wären die volkswirtschaftlichen Kosten (Arbeitsplatzverlust, Konsumausfall, Steuerverlust, Anstieg der Arbeitslosigkeit...) bei einer Schliessung des Briefzentrums?»

25. November 2002